Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 37 (1990)
Heft: 11-12

Artikel: Strategische Lagebeurteilung 90 : Konsequenzen für die Schweiz
Autor: Däniker, G.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-368043

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Strategische Lagebeurteilung 90 – Konsequenzen für die Schweiz

Div zD Dr. G. Däniker*

Absurde Aktualität

Bereits letztes Jahr gab es eine Reihe öffentlicher Lagebeurteilungen vorzunehmen. Dazu wurden verschiedene Szenarien entworfen. Eines hiess: «Der Osten explodiert». Es begann mit den Sätzen: «Die osteuropäischen Staaten, eventuell auch sowjetische Substaaten brechen unter Berufung auf Glasnost und Perestroika aus der Abhängigkleit von der Sowjetunion aus. Noch konservative Regierungen werden abgelöst...» Mit andern Worten: Man sah die strategischen Umwälzungen in Europa kommen; aber wohl niemand hat ihre Wucht und Schnelligkeit vorausgesehen, und wohl niemand war sich sicher, dass diese Staaten nicht auf die alte Breshnew-Doktrin militärischer Intervention seitens der Sowjetunion stossen würden, sondern im Zeichen einer neuen «Gorbatschow-Doktrin» ohne Kampf in die Unabhängigkeit entlassen würden.

Der Wandel brachte auch einige strategische Absurditäten. Eine solche bedeutete es jedenfalls, als zur Zeit des Aufstandes in Rumänien, der Westen die Sowjetunion geradezu aufforderte, mit Einmarsch und militärischer Gewalt die Ordnung wiederherzustellen! Aber die Sowjetunion hatte sich schon damals klar gegen Interventionen in Drittstaaten entschieden. Angesichts ihrer katastrophalen Wirtschaftslage und dem sich ausbreitenden Chaos im Innern gab es für sie nur den strategischen Rückzug aus dem Vorfeld, und er wiederum war nur die Konsequenz einer nicht mehr haltbaren Überdehnung strategischer Mittel.

Dass jahrzehntelang eine echte Gefahr vom Osten ausging, und dass der Westen dank grösster Anstrengungen und mehrheitlich klugem Verhalten den äusserst realen kalten Krieg gewann, ja dass man sich über diesen Sieg eigentlich nicht genügend freuen könnte, weil ein anderer Ausgang uns dieselbe Misere beschert hätte, wie sie heute im Osten auf Schritt und Tritt zutage tritt, wird von manchen Gazetten auch heute noch kaum erkannt. Sie würden damit ja zugeben, dass ihr damaliges dauerndes Gezeter, der Osten sei im Grunde friedlich und die Hauptgefahr gehe von der westlichen Rüstung aus, nicht nur materiell falsch war, sondern auch in ihren positiven Auswirkungen auf die Kriegsverhinderung diametral falsch eingeschätzt wurde.

Dies zeigt uns, genügend aufmerksam zu sein, um nicht wieder in eine Phase permanenter Desinformation zu geraten, wenn auch diesmal mit andern Vorzeichen.

Heute lautet jedenfalls der Tenor, dass mindestens in Europa jegliche Kriegsgefahr verschwunden sei. Jeder, der auf die Dauer des Prozesses und auf mögliche Rückfälle in die Unvernunft hinweist und den nach wie vor vorhandenen gewaltigen militärischen Potentialen gegenüber ein minimales Gegengewicht behalten will, wird als unverbesserlicher kalter Krieger hingestellt. Wie wenn man künftige Überschwemmungen verhindern könnte, indem man zunächst einmal die Dämme einreisst!

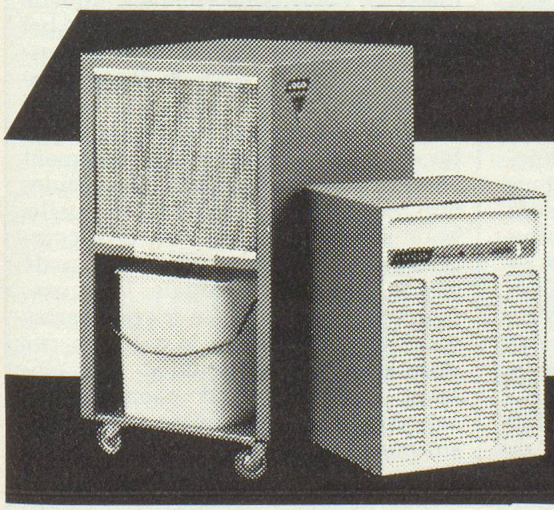
Allerdings, es passierten Dinge, die die kühnsten Phantasien nicht erahnten: An Tagungen des Warschauer Paktes fanden sich unter anderen auch eine Anzahl nichtkommunistischer Regierungschefs zusammen, wobei derjenige aus der DDR sogar von Militärberatern begleitet war, die aus der Nato stammten! Die Sowjetunion musste einwilligen, dass ihre Hauptbastion im westlichen Vorfeld zum Nato-Land wird; der Westen seinerseits musste akzeptieren, dass die Westgruppe der Roten Armee im europäischen Kriegstheater noch auf Jahre hinaus auf deutschem Boden steht! Ihr Sold wird in DM aus der Bonner Staatskasse bezahlt! Ihre Unterkünfte in der Sowjetunion nach dem Abzug ebenfalls.

Die Nato verzichtet auf ihre Strategie der Vorneverteidigung, obwohl die Voraussetzung dafür, der Wiener VKSE Vertrag, keineswegs gegeben ist. Sie streckt dem ehemaligen Gegner die Hand entgegen; ihre Mitglieder greifen ihm wirtschaftlich und finanziell unter die Arme wie keinem eigenen Verbündeten. Und sie setzten Hoffnung auf jenen Mann, der das alles ins Rollen brachte, auch wenn sein Scheitern nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte.

Dies alles klingt wundervoll, aber es ist teilweise auch grotesk und es widerspricht sowohl dem bisherigen Verlauf der Geschichte wie der dunklen Seite des menschlichen Wesens, so dass zumindest die Frage erlaubt sein muss: Stehen wir wirklich vor einer unumkehrbar friedlichen Entwicklung oder müssten wir – nicht zuletzt gewitzigt von den jüngsten Ereignissen am persischen Golf – nicht auch in Betracht ziehen, dass Unvorhergesehenes und Groteskes auch in umgekehrter Richtung wieder einmal möglich werden könnte?

Möglichkeiten und Grenzen strategischer Lagebeurteilung

Zur Klärung dieser Frage noch ein anderes Szenario aus dem Jahre 1988. Es



Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw.
Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Tel. 071 54 15 44
Niederlassungen: Dielsdorf ZH, Hofstetten SO, Münsingen BE, Gordola TI, Lausanne, Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER

stand unter der Überschrift: Drittweltkrisen eskalieren und begann mit den Worten: «Die friedliche Beilegung von Regionalkonflikten entspricht nicht unbedingt dem Zukunftstrend. Interessensphären der Grossen gibt es nach wie vor, Stellvertreterkräfte auch. Nationen- und Stammeskämpfe können sich über den lokalen und regionalen Bereich hinaus entwickeln... Auch der Nord-Süd-Konflikt könnte erschrekkende Dimensionen annehmen, von denen eine neue Völkerwanderung vielleicht nur die dramatischere wäre.»

Das bringt uns zu der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen strategischer Lagebeurteilung. Wir waren 1989 alle überrascht, und sind es heute mit Blick auf die Golfkrise ebenfalls. Der Grund liegt darin, dass an sich richtige Erkenntnisse von Spezialisten nicht in mögliche politisch-strategische Handlungsabläufe umgegossen werden. Man glaubt an die Kontinuität von scheinbar zementierten Strukturen; man verdrängt, dass es so etwas wie eine Seele ganzer Völker gibt, die sich – im guten wie im bösen – plötzlich machtvoll melden und neue Verhältnisse schaffen kann.

Wir werden uns also weiterhin damit behelfen müssen, die entscheidenden Parameter zu definieren, ihre Veränderungen zu beobachten und periodisch kritische Lagebeurteilungen durchzuführen. Wir werden uns auch der Einzelstudien von Sachverständigen zu bedienen haben und vor allem die Potentiale der Mächte und deren rein technische Möglichkeiten abzuschätzen suchen. Wir werden wie bisher gegenüber blossen Absichtserklärungen, ausgesprochen von Leuten mit begrenzten Amtszeiten, skeptisch sein müssen.

Worauf wir uns aber neben der Analyse von Gefahren, Risiken und Bedrohungen vermehrt einzustellen haben, das ist die Chancenwahrnehmung. Nicht nur der «worst case» ist ständiger Beachtung wert, sondern auch der «best case», weil er schliesslich unser aller Ziel, dasjenige einer friedlichen Friedenssicherung umschreibt. Nicht nur das kumulierte Unheil verlangt nach Strategie, sondern auch die Möglichkeit, den Frieden durch geeignete Schritte zu fördern und stabil zu machen. «Arms control», muss gleichwertig neben die Rüstung treten.

Noch vor kurzem hätte man dergleichen als realitätsfern abtun müssen. Heute ist die Überlegung berechtigt, weil – vorläufig leider nur zwischen den Supermächten und in Europa – ein Umdenken eingesetzt hat. Das Konzept «Sicherheit durch Waffen» ist noch immer gültig, es hat aber seinen absoluten Anspruch verloren, nachdem es zunehmend möglich wird, sich über die gegenseitige Anzahl solcher Waffen zu verständigen.

Heute gibt es die Selbstvernichtungsgefahr für die Menschheit, und es gibt dermassen viele innenpolitische und soziale Probleme, dass die Budgets selbst wohlhabender Staaten einfach nicht mehr für alles reichen.

Dazu kommt, dass das Spektrum existentieller Gefahren für die europäischen Industriegesellschaften wesentlich breiter geworden ist. Nicht nur die Wahrnehmung der Bedrohung hat sich verändert, die effektive Palette wurde grösser. Man kann sich über die Umweltgefährdung, über Drogen und Seuchen, über internationales Verbrechertum, das sich überall einzunisten scheint, und über die drohende Wanderungsbewegungen einfach nicht mehr hinwegsetzen.

Die Staaten werden deshalb mehr und mehr zur Konzeption einer allgemeinen Existenzsicherung gelangen müssen, innerhalb welcher die klassische Sicherheitspolitik eingebettet sein wird, ohne dass sie ihre primäre Ausrichtunbg auf machtpolitisch-militärische Gefahren verliert. Aus zahlreichen staatspolitischen und funktionalen Gründen wäre es nämlich unklug, lediglich den Inhalt des Begriffs Sicherheitspolitik auszuweiten. Aber es ist sorgfältig abzuklären, ob und wo ein Verbund von nationalen und internationalen, strategischen und nichtstrategischen Abwehrkräften geschaffen werden muss, weil er das beste Resultat erbringt.

Vom Bedrohungsbild zur Chancenanalyse

Wenden wir uns nun aber der konkreten sicherheitspolitischen Lage Europas zu. Folgende Elemente sind zu berücksichtigen:

- Die Sowjetunion ist nach wie vor die stärkste Militärmacht auf dem Kontinent, nachdem allein ihr nukleares Potential alle europäischen Gegenkräfte bei weitem übertrifft; ihre

Résumé

La situation actuelle n'est pas exempte d'une certaine absurdité. En effet, un pacifiste devient ministre de la défense d'un pays du pacte de Varsovie; l'Allemagne finance les coûts de stationnement des troupes soviétiques sur son propre sol; des images de l'ennemi qui ont dominé durant des décennies et qui ne font aujourd'hui plus peur à personne. Et pourtant les potentiels militaires sont toujours présents dans le même espace, on n'a pas jeté l'anathème sur le danger consistant à les utiliser, si la démocratie ne parvient pas à se développer sur des bases sûres, dans les pays de l'Est. Mais l'évolution vertigineuse de l'Est, cette dernière année, montre bien quelles sont les bornes de l'appréciation de la situation stratégique: elle est certes utile mais limitée. Plus que par le passé, elle doit tenir compte aujourd'hui non seulement des risques mais encore des chances. La palette des risques s'est élargie, elle comporte aussi des dangers qui ne résultent pas des agissements fondés sur la politique de puissance. La politique classique de sécurité doit par conséquent trouver sa place dans une conception plus générale de la sécurité de l'existence.

Concrètement, voici la situation actuelle: l'Union soviétique dispose toujours de la puissance militaire la plus forte de tout le continent, mais elle n'est plus en mesure de mener sans élan préalable une attaque visant à investir un territoire. Le pacte de Varsovie, en tant qu'alliance militaire apte à la guerre, n'existe plus. L'OTAN est encore en état de fonctionner mais elle est saisie par le changement. Jamais les chances n'ont été aussi grandes de pouvoir mettre en place un nouvel ordre européen de sécurité, qui se fonderait sur la coopération plutôt que l'intimidation. Mais il plane encore tant et tant de facteurs d'insécurité sur les évolutions futures, que les dangers stratégiques continuent d'être plus que suffisants. Les expériences de la «Perestroika» et de l'économie de marché pourront-elles aboutir en Union soviétique? Des troubles sociaux de grande ampleur menacent-ils de dégénérer, parce qu'accentués par des conflits nationalistes? Quels nouveaux problèmes vont provoquer les flots de réfugiés et les disparités croissantes entre le Nord et le Sud? Dans quelles mains pourraient tomber les arsenaux d'armes largement fournis qui existent encore? Actuellement, les menaces de conflits ne viennent plus de l'Est européen, mais elles existent bel et bien au Moyen-Orient et dans d'autres lieux encore. Fort de l'appréciation de la situation ci-dessus, on peut affirmer que la protection de la population et du territoire reste entièrment actuelle, compte tenu des incertitudes qui marquent l'évolution actuelle. Mais cette protection doit être complétée par la coopération à la sécurité et à la paix internationale. La Suisse doit en effet être prête à apporter sa contribution active à la solution des problèmes internationaux. Cet élément formateur doit compléter la conception actuelle basée sur la dissuasion.

Divisonär Dr. Gustav Däniker: «Die Schweiz muss einsehen, dass nationale Selbstbehauptung im weitesten Sinn immer auf engere Grenzen stösst, jedoch haben wir als neutraler Kleinstaat zwischen den Blöcken seit dem Zweiten Weltkrieg auch ein vom Ausland bewundertes System der Gesamtverteidigung aufgebaut; nicht zuletzt war die dadurch entwickelte Verteidigungs- und Durchhaltekraft und damit Abwehrhaltung auch ein Verdienst des Zivilschutzes».

konventionellen Streitkräfte sind aber kaum mehr fähig, aus dem Stand einen raumgreifenden Angriff zu führen.

- Der Warschauer Pakt als geschlossenes, kriegstaugliches Militärbündnis existiert nicht mehr.
- Die Nato ist intakt; ihre Staaten sind einiger als in früheren Jahren. Aber auch sie ist in Umstrukturierung begriffen. Ihre politische Komponente wird betont, die militärische wird Reduktionen erfahren. Selbst die Strategie der «flexiblen Antwort» wird ersetzt. Nicht nur passt man sich der gewandelten Bedrohungslage an; man tut vielmehr alles, um der Sowjetunion jegliche Befürchtung zu nehmen, man wolle ihre gegenwärtige Schwäche zur Erpressung oder gar zum Angriff ausnützen.

Fazit: Die Chancen, eine neue europäische Sicherheitspolitik aufzubauen, die sich nicht mehr auf gegenseitige Abschreckung, sondern auf Kooperation und lediglich reduzierte Streitkräfte stützt, sind somit so gross wie nie.

Verschiedene Modelle wurden hiefür denn auch bereits skizziert. Die Nato sieht eine neue und institutionalisierte Rolle für die KSZE. Sie soll unter anderem

- ein Programm für regelmässige Konsultationen auf Staatschefs- und Ministerebene sowie
- ein Zentrum für Konfliktsverhinderung, an dem militärische Informationen ausgetauscht würden und Streitfälle geregelt werden könnten, einschliessen.

Was im Falle eine «Rückfalls in die Unvernunft», neuer Aggressionen oder Gewaltakte geschehen soll, wird von der Nato freilich vorderhand offen gelassen.

Inzwischen wird es wohl Übergangslösungen geben müssen. Man könnte sich denken, dass Polen, die CSFR, Ungarn und schliesslich auch Rumänien und Bulgarien zu einer militärischen Pufferzone würden, eventuell unter sich in einem Bündnis verbunden, aber prinzipiell neutral, um eine ähnliche stabilisierende Rolle zu spielen, wie sie Schweden, Finnland, Österreich, die Schweiz und Jugoslawien bisher bereits wahrgenommen haben.

Wie immer sich die Lage nach dem Abschluss der VKSE Verhandlungen in Wien präsentieren wird, die Schweiz hat ein Interesse an den heranwachsenden neuen Sicherheitsstrukturen, und es wird wichtig sein, den Zeitpunkt nicht zu verpassen, an dem die Gespräche über diesen Problemkreis unter den 35 KSZE-Staaten aufgenommen werden, um auch unsere Vorstellungen einzubringen. Chancen für eine intelligente und gleichzeitig grosszügige Militärdiplomatie im europäischen Rahmen scheinen jedenfalls gegeben. Sie maximal auszunutzen und nach Kräften zu einer tauglichen Lösung beizutragen, muss heute, weil in unserem Interesse liegend, weit vorne eingestuft werden.

Unterdessen ist alles, was dazu dient, die jungen Demokratien im Osten politisch und wirtschaftlich zu stärken, ebenfalls von grosser sicherheitspolitischer Bedeutung. Ein «cordon sanitaire» neuer Neutraler nach Schweizer Vorbild wäre eine sehr erwünschte Versicherung gegen neue östliche Expansionsgelüste.

Fortdauernde strategische Gefahren

Unvernünftig wäre es allerdings, alles auf die «Karte der Hoffnung» zu setzen. Vielmehr gilt es folgende Gefahren und Risiken zu bedenken:

Ungewissheit über künftige Entwicklungen bedeutet immer auch strategische Unsicherheit. Die Landkarte Europas hat sich verändert; wie sie künftig aussehen wird, ist aber erst teilweise bekannt. Östliche Substaaten und Minderheiten streben nicht nur in der Sowjetunion nach nationaler Atonomie. Es ist denkbar, dass alte Rivalitäten wieder aufbrechen und dass eine «Balkanisierung» eintritt, die wiederum zu offener Gewaltanwendung führen kann.

Ungewiss ist auch, ob die im Osten begonnenen Experimente mit Perestroika, Demokratie und Marktwirtschaft gelingen werden. Nicht überall scheinen die Völker gewillt, die verheissene bessere Zukunft abzuwarten, und inzwischen noch einmal grösste Opfer zu bringen. Das, was sich im innerdeutschen Rahmen zwischen der BRD und der DDR abgespielt hat, könnte sich um einiges potenziert zwischen den Oststaaten und dem EWR wiederholen. Dem zu erwartenden gewaltigen Flüchtlingsstrom, der sich ohne Grenzbarrieren in den Westen ergiessen und die heutigen Lebensbedingungen der westlichen Völker einschneidend verändern würde, wäre kaum allein mit humanitären Mitteln beizukommen.

Soziale Unruhen grossen Stils könnten mittelfristig wiederum zu autoritären Herrschaftsformen führen. Die Ablösung der sanften Diktatur Gorbatschows durch eine härtere, der Rückfall also in eine totalitäre Herrschaft ist zumindest eine mögliche Risikovariante. Und dass die Zeiten noch nicht vorbei sind, in denen ein machtbesessener Führer innere Schwierigkeiten mit äusserer Aggression zu überwinden sucht, hat soeben Sadam Hussein wieder bewiesen.

Was das wiedervereinigte Deutschland betrifft, so können wir von seinem Willen zur Integration in Europa ausgehen, sowohl in wirtschaftlicher wie sicherheitspolitischer Hinsicht. Doch rufen Grösse und Stärke auf ganz natürliche Weise Selbstbewusstsein hervor, das zu Konfrontationen führen könnte.

Fast scheint im weiteren wahr zu werden, was man als die Ablösung der Ost-West durch eine Nord-Süd Konfrontation bezeichnet hat. Auch hier geht es weder um einen Feindersatz für friedensgeschädigte Militärs, noch um eine einfache Frontstellung, die man mit einem einzigen Begriff abtun könnte. Aber wir erleben, dass ein Aggressor, der das Völkerrecht klar verletzt hat, auf den Ressentiments von Millionen kapitalisieren kann. Was sich in der arabischen Welt zurecht oder unrecht an Hass anstaute und zum Ausbruch drängt, könnte in ähnlicher Weise in Asien, Afrika und Lateinamerika strategisch wirksam werden. Die grosse Menge an Kampfmitteln bis hinauf zur Atombombe und zur chemischen Waffe samt weitreichenden Trägerraketen und Millionen von todesmutigen Kämpfern auf der Südhalbkugel verschärft die Aussicht auf einen offenen Krieg mit unabsehbaren Folgen, zu denen unter anderem auch wirtschaftliche Erpressung, Terrorismus und Geiselnahme gehören.

Damit kommen wir zu dem, was man am besten als «Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle» bezeichnet. Nicht nur machtpolitisch-strategisch agierende Regierungen werden sie gegen ihre Feinde einsetzen, Militante Minderheiten, nach Autonomie strebende Substaaten, Exilregierungen, nationale Befreiungsfronten, Guerillabewegungen sowie eine ganze Kollektion bekannter und neuer Terrororganisationen überspielen oder unterlaufen die bestehenden Strukturen.

Beachten wir deshalb mit Sorgfalt

auch den Zeitfaktor. Bevor neue Sicherheitsstrukturen geschaffen sind und wirksam werden, ist jederzeit auch mit negativen Entwicklungen zu rechnen. Während die Umwälzungen in atemberaubendem Tempo vor sich gingen, wird die Konsolidierungsphase beträchtlich länger dauern.
Bis dahin werden atomare Arsenale, chemische Waffen, Flotten, Panzer und Flugzeuge auch in unserer Nachbarschaft noch im Übermass vorhanden sein; zum Missbrauch ebenso geeignet wie zur Stabilisierung. Mit andern Worten: So unwahrscheinlich sie zurzeit scheinen, sowohl atomare wie konventionelle Auseinandersetzungen sind nicht nur in der Welt ganz allgemein, sondern selbst in Europa nach wie vor möglich. Oder nochmals anders gesagt: Die aktuelle kriegerische Bedrohung ist praktisch inexistent; die potentielle Bedrohung dauert an.

Nichtstrategische Gefahren

Kommen wir abschliessend zu den nichtstrategischen Gefahren. Aufgezählt werden etwa Gefahren, wie sie sich aus der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung ergeben. Sicher gehören die furchterregenden demographischen Entwicklungen in der Dritten Welt dazu. Ferner die längerfristige und globale Verschlechterung unserer ökologischen Umwelt. Drogen und Seuchen, internationale Kriminalität beschäftigen die Öffentlichkeit Tag für Tag.
Ich möchte an dieser Stelle nur auf die natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen eingehen, weil diese unsern Zusammenhang besonders berühren. Es scheint sicher, dass ihre Häufigkeit tendenziell zunimmt und dass die hochtechnisierten Industriestaaten durch sie besonders verwundbar sind. Nicht nur der steigene Anspruch auf Lebensqualität für jedermann, sondern auch ganz elementare Bedürfnisse einer wachsenden Menschheit zwingen zu steigender Produktion in allen Bereichen, die wiederum zwangsläufig zu steigenden Risiken führt. Anderseits darf auch die Redundanz der modernen Gesellschaft nicht übersehen werden: stets existieren mehrere Wege und Möglichkeiten die lebenswichtigen Funktionen mindestens über einen gewissen Zeitraum hinweg zu erfüllen; erst der höchst unwahrscheinliche Ausfall sämtlicher Auswege führt zum Ausfall des Gesamtsystems und zum sogenannten Gau.

Folgerungen

Die Schweiz muss einsehen, dass nationale Selbstbehauptung im weitesten Sinne auf immer engere Grenzen stösst. Als neutraler Kleinstaat zwischen den Blöcken haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg ein auch vom Ausland bewundertes System einer Gesamtverteidigung aufgebaut. Die Meinung ist berechtigt, dass unsere Strategie der Abhaltung oder Dissuasion stabilisierend und kriegsverhindernd wirkte, und dass unsere Verteidigungs- und Durchhaltekraft im Angriffsfalle sehr gross, vielleicht entscheidend gewesen wären. Das war nicht zuletzt das Verdienst unserer weltweit einmaligen konkreten Anstrengungen im Zivilschutz.
Heute geht es nach wie vor um unsere politische Handlungsfreiheit, um den Schutz der Bevölkerung und des Territoriums. Noch stehen wir nämlich mit Recht zu unserer Neutralität. Aber sie wird mehr und mehr in eine neue, friedensbezogene Rolle hineinwachsen müssen. Die zentrale Frage unserer künftigen Selbstbehauptung wird nämlich das Ausmass unseres Beitrages zur allgemeinen Friedensförderung sein. Die Bereitschaft der Schweiz, ein nicht nur «europaverträgliches», sondern auch ein nützliches Glied einer sich formenden neuen europäischen Sicherheitsordnung zu werden und das Ausmass unseres grenzüberschreitenden Engagements, wann und wo immer wir zur Stabilisierung oder zur Hilfe beitragen können, werden die neuen Prüfsteine sein.
So werden zwei neue Elemente in unsere Strategie aufgenommen werden müssen: Einerseits die Zielsetzung, an der künftigen Stabilisierung und Sicherung Europas tatkräftig mitzuwirken und zum zweiten, die Bereitschaft, Mittel der Gesamtverteidigung auch im Rahmen einer weitergreifenden allgemeinen Existenzsicherung einzusetzen, wo sie sich zweckmässig erweisen.
Prävention ist noch immer die beste Verteidigung. Sie ist aber nur noch im grenzüberschreitenden Rahmen zu haben.
Dass in diesem Gesamtkontext nicht nur die Armee gefordert ist, sondern in noch höherem Masse der Zivilschutz und die koordinierten Dienste, steht ausser Frage. Grundsätzlich werden flexible und vielseitig einsetzbare Kräfte, welche den Funktionen Schutz, Hilfe und Rettung über alles gesehen optimal entsprechen, anzustreben sein. Entscheidende Weichenstellungen von oben und kreatives Mitdenken und -handeln von unten sind unabdinglich. ▲

Riassunto

La situazione attuale non è priva di una certa assurdità: un pacifista è ministro della difesa in un paese del Patto di Varsavia; la Germania finanzia lo stazionamento di truppe sovietiche sul suo territorio; scenari di guerra validi per decenni perdono oggi la loro pericolosità. Tuttavia i potenziali militari esistono sempre e il pericolo che vengano male utilizzati non è ancora del tutto eliminato fintanto che la democrazia non è ancora completamente assicurata nell'Est europeo. La velocità dell'evoluzione nell'Est l'anno scorso mostra però anche i limiti dell'apprezzamento strategico della situazione: questo è necessario, ma solo limitatamente possibile. Oggi bisogna tener conto maggiormente non solo dei rischi, ma anche delle possibilità. Nel caso dei rischi, questi sono aumentati di numero e comprendono anche pericoli che non derivano da fattori politici e di potere. La classica politica di sicurezza deve perciò essere inserita in una concezione generale finalizzata ad assicurare l'esistenza.
Ecco la situazione concreta: l'Unione Sovietica dispone sempre della potenza militare più forte nel continente, man non è più in grado di portare avanti un attacco su larga scala partendo dalla sua posizione. Il Patto di Varsavia non esiste più come alleanza militare in grado di condurre guerre. La Nato è ancora efficiente, ma in fase di mutamento. È la prima volta che ci sono così grandi possibilità di dare un nuovo assetto all'Europa dal punto di vista della sicurezza, basato sulla cooperazione anziché sull'intimidazione. Ciononostante, c'è una tale insicurezza sull'evoluzione futura che sussistono ancora numerosi pericoli di ordine strategico. Riusciranno la Perestroika e l'economia di mercato ad affermarsi nell'Unione Sovietica? E l'Est europeo non è minacciato da gravi disordini sociali aggravati anche da conflitti nazionalistici? Quali problemi scaturiscono dalle correnti di rifugiati e dal divario tra nord e sud sempre più profondo? In che mani potrebbero cadere gli arsenali di armi ancora esistenti in vari punti della terra? L'attuale minaccia bellica non si trova più nell'Est europeo, ma nel Medio Oriente ed è ancora presente anche in altri punti del globo. La conseguenza logica di questo apprezzamento della situazione è che la protezione della popolazione e del territorio sono ancora molto attuali nell'insicurezza sull'evoluzione futura. Ma ad essa si deve aggiungere la partecipazione agli sforzi internazionali per la pace, con la disponibilità della Svizzera a dare un contributo attivo alla soluzione dei problemi internazionali.
Questo elemento costruttivo deve completare la concezione della dissuasione valida finora. ▲